



Liese Kurier

Südwestfalen in Europa - Europa in Südwestfalen

Fachkräfte und ihre Familien sollen sich in Südwestfalen wohlfühlen

Region profitiert von EU-Projekten im Rahmen des Wettbewerbs „Regio NRW“



v.l. Jochen Ritter (CDU Kreisvorsitzender Olpe), Dr. Stephanie Arens (Projektmanagement Land-Leben), Peter Liese, Hubertus Winterberg (Geschäftsführer Südwestfalenagentur) und Marie Ting (Regionalmarketing Managerin)

„Wir müssen unbedingt etwas dagegen unternehmen, dass Fachkräfte nicht in unsere Region kommen oder die Region verlassen, weil sich die Angehörigen nicht wohlfühlen“, so lautete das Fazit eines Gespräches zwischen Peter Liese und Vertretern der Südwestfalen Agentur.

Peter Liese:

„Südwestfalen hat viel zu bieten, aber das ist noch nicht jedem klar.“

Bei dieser Gelegenheit schilderte der Geschäftsführer der Südwestfalen Agentur Hubertus Winterberg, dass Politik und Wirtschaft der Region bereits vor geraumer Zeit erkannt haben, wie wichtig das Image und der Wohlfühlfaktor Südwestfalens für Arbeitskräfte sind. „Wir brauchen nicht nur attraktive Arbeitsbedingungen, sondern müssen die kulturellen, sportlichen und sonstigen Angebote der Region, wo notwendig, verbessern und besser bekannt machen“, betont Peter Liese.

Fortsetzung auf Seite 2

Heimische Industrie besser vor unlauterer Konkurrenz aus China schützen



Dr. Peter Liese und Dr. Hinrich Mählmann (Otto Fuchs KG) setzen sich für einen besseren Schutz der heimischen Industrie vor unlauterer Konkurrenz ein.

„Viele Industrieunternehmen in Südwestfalen leiden darunter, dass China eine aggressive Exportförderungs politik betreibt und damit Unternehmen in Deutschland und Europa und auch in unserer industriestarken Region Südwestfalen unter Druck setzt. Wettbewerb ist an sich nichts Schlechtes, aber es kann nicht sein, dass Exporte staatlich subventioniert werden oder Unternehmen von Transport- und Energiekosten völlig freigestellt werden“, erklärt Peter Liese seine Forderung, dass die Europäische Union zum Schutz der heimischen Industrie etwa verstärkter Strafvollmacht erlässt.

Fortsetzung auf Seite 2



Liebe Leserinnen und Leser,

die erschütternden Anschläge des 22. März am Brüsseler Flughafen sowie in der Metrostation Maelbeek, in unmittelbarer Nähe des Europäischen Parlamentes, überschatteten in den letzten Monaten das Geschehen in Brüssel. Ich halte es aber für wichtig, dass wir vor dem Terrorismus nicht in die Knie gehen, sondern unser normales Leben weiterführen. Und so gibt es seit der letzten Ausgabe des Liese Kuriers viel Neues aus der EU, sei es zum Thema Flüchtlinge oder zum Brexit, zu berichten. Der Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union stimmt uns in Brüssel sehr traurig und ich befürchte, dass die Folgen, vor allem für Großbritannien selbst, schlimm sein werden. Es gab aber in den letzten Monaten auch sehr erfreuliche Nachrichten: Zum Beispiel die Förderzusagen für fünf Projekte in Südwestfalen!

Um stets über die neuesten Entwicklungen in Europa und Südwestfalen auf dem Laufenden zu bleiben, besuchen Sie meine Homepage www.peter-liese.de oder meine Facebook-Seite www.facebook.com/peter.liese. Natürlich biete ich Ihnen nach wie vor monatlich meinen Newsletter per E-Mail an (Kontaktdaten siehe Rückseite). Selbstverständlich stehen meine Mitarbeiter und ich Ihnen für Fragen und Anregungen gerne zur Verfügung.

Viel Spaß bei der Lektüre wünscht Ihnen

Peter Liese

Peter Liese





Fortsetzung von Seite 1

Peter Liese:

„Die Südwestfalen-Idee muss weitergetragen werden!“

Dieser Aufgabe stellt sich die Region seit einiger Zeit erfolgreich mit der Regionalmarketing-Kampagne „Südwestfalen - Alles echt!“ unter Federführung der Südwestfalen Agentur. Mit dem EU-Projekt „PERSPEKTIVE Südwestfalen“, das gezielt Neubürger sowie Schul- und Studienabgänger adressiert, wird das Regionalmarketing nun eine neue Qualitätsstufe erreichen. Der Bescheid über die Förderung aus europäischen Mitteln wird in den nächsten Tagen übergeben. „PERSPEKTIVE Südwestfalen“ ist eines von fünf im Rahmen des Wettbewerbs „Regio NRW“ stattfindenden Projekten. „Regio NRW“ setzt die bereits abge-

Fortsetzung von Seite 1

Peter Liese:

„Besonders betroffen ist die Stahlindustrie.“

Allein die Überkapazität Chinas in der Stahlproduktion ist doppelt so hoch wie die gesamte Stahlproduktion in der Europäischen Union. Betroffen sind aber auch andere Sektoren, zum Beispiel die Nichteisenmetalle.

Das Problem war wichtigstes Thema während Peter Lieses Besuch bei der Firma Otto-Fuchs in Meinerzhagen, einem der größten Arbeitgeber Südwestfalens. Der persönlich haftende Gesellschafter Dr. Ing. Hinrich Mählmann, zugleich Präsident des Gesamtverbandes der Aluminiumindustrie e.V., unterstrich nachdrücklich die Position der Industrie, „dass wir dringend einen verbesserten Schutz brauchen und dass Gefahren, wie sie zum Beispiel von der Zuerkennung des Marktwirtschaftsstatus für China im Rahmen der Welthandelsorganisation ausgehen, dringend vermieden werden müssen.“

schlossene Regionale auf anderem Niveau fort. Es ist Peter Liese wichtig, dass die Südwestfalen-Idee so weiter gelebt wird

und konkrete Früchte trägt. Neben „PERSPEKTIVE Südwestfalen“ handelt es sich um folgende vier Projekte:

- Die südwestfälische Industrie- und Handelskammer zu Hagen koordiniert das Projekt „Mittelstand 4.0“.
- Die Industrie- und Handelskammer Arnberg das Projekt „Zukunftslabor Einzelhandel Südwestfalen 2020“
- Die Wirtschaftsförderung Soest das Projekt „Innovationsfabrik Südwestfalen“
- Die ARGE „Gesundheitslabor“ das Projekt „Kurorte in Südwestfalen: Gesundheitslabor ‚gesund.bewegen.leben‘“

Interview mit Peter Liese zum Umgang mit der Flüchtlingsfrage und der Türkei

Herr Liese, in der letzten Ausgabe des Liese Kuriers haben Sie ein gemeinsames Handeln der EU in der Flüchtlingsfrage gefordert. Wie steht es in Ihren Augen heute um die gemeinsamen europäischen Lösungen in der Flüchtlingskrise?

Die deutsche Bundesregierung hat mit verschiedenen Maßnahmen auf die große Zahl der Menschen, die in den letzten Monaten nach Deutschland gekommen sind, reagiert. Wie beurteilen Sie die deutsche Reaktion auf die Flüchtlingskrise?

Meine Überzeugung, dass europäische und nationale Lösungen Hand in Hand gehen müssen, hat sich bestätigt. Wie im Übrigen auch der Bundesvorstand der CDU habe ich das Engagement von Bundeskanzlerin Angela Merkel für eine europäische Lösung der Flüchtlingskrise immer unterstützt. Ich begrüße, dass das unkontrollierte Durchleiten spätestens mit dem Abkommen, das die EU Ende März mit der Türkei geschlossen hat, ein Ende gefunden hat. Auch die als „Hot Spots“ bezeichneten Registrierungszentren in Griechenland leisten einen Beitrag zum besseren Schutz unserer EU-Außengrenzen.

Wir brauchen eine kraftvolle Umsetzung der in Deutschland beschlossenen Maßnahmen. Aufgrund des Widerstandes von Rot-Grün hat es zu lange gedauert, bis das Asylpaket II im Februar beschlossen werden konnte. Einige rot-grüne Bundesländer weigern sich bis heute, unangekündigte Abschiebungen durchzuführen. Menschen, die wirklich verfolgt sind, müssen wir in Deutschland und in Europa Schutz geben. Wir müssen aber auch diejenigen, die kein Recht haben, in Deutschland zu bleiben, weil sie nicht wirklich verfolgt werden, in ihr Heimatland zurückbringen.



Beim Europatag der Mendener Schulen in diesem Jahr wurde eine musikalische Darbietung von den iranischen Flüchtlingen Reza und Jafar aufgeführt. Sie sind aus dem Iran geflohen, weil sie zum Christentum übertreten wollten und dies von muslimischen Fundamentalisten bekämpft wird. Sie erhalten jetzt Taufunterricht. Außerdem durften sie in ihrem Heimatort im Iran nicht öffentlich musizieren. Ein beeindruckendes Beispiel dafür, wie grausam dort mit Menschen umgegangen wird.

Sie haben das Abkommen mit der Türkei bereits erwähnt. Hat die EU der Türkei zu viele Zugeständnisse gemacht, damit die Türkei Menschen von der Flucht nach Europa abhält und diejenigen zurücknimmt, die illegal nach Europa eingereist sind?

Es ist notwendig, in der Flüchtlingskrise mit der Türkei zusammenzuarbeiten. Ein Großteil der Flüchtlinge kam im letzten Jahr über die Türkei und es ist leichter, die Grenze auf Seite der Türkei zu schützen als auf der Seite Griechenlands. Drei Millionen Menschen, die in türkischen Flüchtlingslagern oder in den Orten an der türkisch-syrischen Grenze leben, brauchen Unterstützung. Dazu dient das Geld, das die EU der Türkei zur Verfügung stellt.



Im Zuge des Flüchtlingsabkommens wurde der Türkei auch die Visafreiheit für türkische Staatsbürger bei Reisen in die EU in Aussicht gestellt und neue Beitrittskapitel wurden eröffnet. Es scheint, als käme die Türkei der Vollmitgliedschaft in der EU damit näher. Gleichzeitig erleben wir aber derzeit Entwicklungen innerhalb der Türkei, die es schwierig machen, sich das Land als Mitgliedstaat der EU vorzustellen.

Es ist nach wie vor Position der CDU und auch meine persönliche Position, dass die Türkei nicht Vollmitglied der EU werden sollte. Auch das Europäische Parlament hat im April eine kritische Resolution zu den Beziehungen mit der Türkei angenommen. Mit Besorgnis beobachten wir, dass sich das Reformtempo in der Türkei angesichts der Rückschritte bei der Achtung der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit deutlich verlangsamt hat. In grundlegenden Bereichen wie Unabhängigkeit der Justiz, Versammlungsfreiheit sowie Presse- und Meinungsfreiheit weist die Türkei zunehmend große Defizite auf. Das Eröffnen von Beitrittskapiteln heißt daher keinesfalls, dass die Türkei Voll-

mitglied der EU wird. Bis dahin sind noch viele Entscheidungen zu treffen. Wenn wir im bisherigen Tempo weitermachen, wird die Türkei in hundert Jahren noch nicht Mitglied der EU sein. Ein Verhandlungsprozess, insbesondere über Fragen von Rechtsstaatlichkeit und Meinungsfreiheit, kann auch in eine andere Partnerschaft als eine Vollmitgliedschaft münden und dies muss unser Ziel sein.

Im Zusammenhang mit dem Zustand der Pressefreiheit in der Türkei hat insbesondere die türkische Reaktion auf das Schmähdgedicht des Satirikers Jan Böhmermann für großes Aufsehen in Deutschland gesorgt. Was halten Sie abschließend von dem Gedicht und der darum entbrannten Diskussion?

Persönlich finde ich das Gedicht geschmacklos und unter der Gürtellinie. Ich glaube, es dient keinem sinnvollen Ziel. Ob es aber den deutschen Gesetzen entspricht oder Böhmermann bestraft werden muss, entscheiden nicht Politiker sondern Gerichte. Das ist ein wesentlicher Unterschied zwischen Deutschland und der Türkei.

setzt. In Deutschland sind mehr als 5000 Frauen betroffen.

Peter Liese:

„Papierkram schützt die Patienten nicht. Entscheidend sind die tatsächlichen Kontrollen vor Ort.“

Während der Erarbeitung der Verordnung hatte Peter Liese intensiv mit vielen Unternehmensvertretern aus Südwestfalen gesprochen. Für Liese war immer klar, dass der Gesundheitsschutz im Vordergrund steht. Übertriebene bürokratische Anforderungen hat das Europäische Parlament unter seiner Führung aus dem Text heraus verhandelt. Die Einigung sieht im Wesentlichen folgende Punkte vor:

- Es wird unangekündigte Kontrollen bei den Herstellern nach dem Inverkehrbringen der Produkte geben. Das Problem beim PIP-Skandal bestand darin, dass das Produkt zwar am Anfang den Regeln entsprach, der Hersteller die Produktion später aber auf billiges Industriesilikon umgestellt hat. Firmen werden automatisch vorsichtiger und gewissenhafter arbeiten, wenn sie ständig mit Kontrollen rechnen müssen.
- Die benannten Stellen werden sehr viel stärker kontrolliert und müssen medizinisches Fachpersonal einstellen.
- Für Hochrisikoprodukte, z.B. Implantate oder HIV-Tests, wird ein zusätzliches Sicherheitsverfahren eingeführt. Nicht nur die benannte Stelle, sondern auch ein besonderes Expertenkomitee überprüft die Übereinstimmung mit den Regeln.
- Für Patienten wird ein Implantatpass eingeführt. Dadurch können Patienten und Ärzte immer nachverfolgen, welches Produkt implantiert wurde.
- Medizinprodukte müssen wie bisher nur Arzneimittel einen klinischen Nachweis erbringen, v.a. bei höheren Risikoklassen müssen die Hersteller Studien durchführen.

Nach Skandal um Brustimplantate: EU verschärft Medizinprodukte-Recht

Besserer Schutz für Patienten, keine unnötigen Belastungen für heimische Industrie

Nach langen und zähen Verhandlungen haben sich Vertreter des Europäischen Parlaments, Ministerrat und Europäische Kommission Ende Mai auf einen Kompromiss zur besseren Regulierung von Medizinprodukten und medizinischen Diagnostika (IVD) geeinigt.

Peter Liese:

„Die Menschen in Europa haben ein Recht darauf, dass wir Konsequenzen aus den Skandalen, z.B. um schadhafte Brustimplantate, ziehen.“

„Ich bin sehr froh, dass wir es endlich geschafft haben. Die neue Verordnung ist gut für die Patienten, legt unsauberen und betrügerischen Herstellern das Handwerk und stärkt damit auch die se-

riösen Hersteller“, so Peter Liese. Nur wenige Wochen vor der Einigung und damit rund sechs Jahre nach dem Skandal um mangelhafte Brustimplantate des französischen Herstellers PIP hat ein französisches Berufungsgericht die vierjährige Haftstrafe für den Gründer des Herstellers bestätigt. Die inzwischen insolvente Firma hatte reißenfällige Brustimplantate aus nicht für Medizinprodukte zugelassenem Industriesilikon geliefert. Diese wurden weltweit etwa 500.000 Frauen einge-





Gespräch mit Medizinprodukteherstellern aus Südwestfalen

Peter Liese:

„DNA-Tests können gravierende Konsequenzen für das Leben der Patienten haben. Man sollte sie nicht ohne ordentliche Information und Beratung durchführen.“

Bei DNA-Tests werden die Mitgliedstaaten verpflichtet, Patienten angemessen über die Konsequenzen des Tests zu informieren. „Es gibt Erkrankungen, die zwar erst im späteren Leben auftreten, durch einen Gentest kann man das Krankheitsrisiko allerdings mit fast hundertprozentiger Sicherheit schon einem jungen Menschen voraussagen. Wenn

man einen solchen Test blauäugig durchführt, kann das eventuell mehr Probleme als Chancen mit sich bringen“, erklärt Peter Liese sein wichtiges Anliegen, das das Europäische Parlament und auch die Deutsche Gesellschaft für Humangenetik stets unterstützt haben.

Wichtig ist Peter Liese vor allem die Beratung vor Pränatal-Diagnostik, d.h. einer Untersuchung des ungeborenen Kindes. Ergibt eine solche Untersuchung eine Behinderung des ungeborenen Kindes, sei die Konsequenz, dass man entweder bewusst ein behindertes Kind akzeptiert oder das Kind abtreiben lässt. „Viele Frauen sind sich über diese Konsequenz nicht ausreichend bewusst und geraten bei einem positiven Ergebnis massiv unter Druck. Daher ist auch hier genetische Beratung zwingend“, so Peter Liese.

Der entsprechende Vorschlag des Parlamentes musste auf Wunsch der Mitgliedstaaten, die sich in erster Linie selbst verantwortlich sahen und europäische Regeln nur zum Teil akzeptieren wollten, abgeschwächt werden. Letztlich einigten

sich alle Seiten aber auf eine Verpflichtung der Mitgliedstaaten.

„Wir werden in dieser Frage sehr wachsam sein. Die moderne Gen- und Biotechnologie kann für Patienten mit bisher unheilbaren Krankheiten große Fortschritte bringen. Bei unsachgemäßer Anwendung birgt sie jedoch auch große Gefahren“, darin waren sich auch Peter Liese und Dr. Holger Petri, Chefarzt am Sozialpädiatrischen Zentrums der DRK Kinderklinik Siegen, nach einem Gespräch Anfang des Jahres einig.

Zum Hintergrund

Bereits in 2012 hatte die Europäische Kommission einen Vorschlag für eine überarbeitete Verordnung über Medizinprodukte und In-vitro-Diagnostika vorgelegt. Das Europäische Parlament hatte schon vor drei Jahren seine Position dazu festgelegt. Weil die Mitgliedstaaten sich aber erst im Herbst vergangenen Jahres auf eine Position verständigen konnten und sich lange weigerten, auf die Wünsche des Parlamentes einzugehen, waren die Verhandlungen sehr zäh und langwierig.

In Südwestfalen sind u.a. folgende Firmen betroffen: ASBANDUS GmbH in Meinerzhagen, COMED Computerorganisation in der Medizin GmbH in Soest, CONZE Informatik GmbH in Lennestadt, Goletz Medical GmbH und Walter Goletz GmbH in Kierspe, Gustav Selter GmbH & Co. KG in Altena, medifa-hesse GmbH & Co. KG in Finnentrop, Meding GmbH und WACA-Kunststoffwarenfabrik in Halver, Planilux in Warstein sowie wissner-bosserhoff GmbH und ProGenom GmbH in Geseke, Schmitz u. Söhne GmbH & Co. KG in Wickede, Schulte-Elektronik GmbH in Olsberg, Sioux High Tech Systems GmbH in Iserlohn, TITAL GmbH in Bestwig, Trilux Medical GmbH in Arnsberg-Hüsten, UTK Solution GmbH und die Winkel GmbH in Lüdenscheid, VTI Ventil Technik GmbH Menden und Heinz Meise GmbH in Schalksmühle.

Europa macht ernst im Kampf gegen Antibiotikaresistenzen

Europäisches Parlament für deutlich verschärfte Regeln bei Tierarzneimitteln

Nach Schätzungen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) sterben in Europa jährlich 25.000 Menschen an Keimen, gegen die kein Antibiotikum mehr wirkt.

Nachdem sich der Ausschuss für Umwelt, Gesundheit und Lebensmittelsicherheit des Europäischen Parlamentes bereits im Februar für eine Verschärfung des Tierarzneimittelrechts ausgesprochen hatte, hat das Parlament nun ein entsprechendes Gesetz beschlossen. Anlässlich eines Pressegesprächs erläuterte Peter Liese den Beschluss. Dieser sehe unter anderem vor, dass sogenannte Reserveantibiotika, die bei Menschen als letztes Mittel eingesetzt werden, in der Tiermedizin nicht mehr oder nur unter besonders strengen Bedingungen eingesetzt werden dürfen. Der Internethandel mit Antibiotika für Tiere soll komplett untersagt werden.

Peter Liese:

„Wettbewerbsgleichheit für heimische Landwirte!“

Peter Liese hob einen weiteren Punkt hervor: „Seit 2014 müssen unsere heimischen Betriebe aufgrund einer nationalen Regelung erfassen, wie häufig ihre Tiere mit Antibiotika behandelt werden. Liegt ein Betrieb dabei über dem Durchschnitt vergleichbarer Betriebe, entwickeln Tierhalter und Tierarzt gemeinsam eine Reduktionsstrategie. Erste Erfahrungen zeigen, dass das Konzept wirkt. Daher setze ich mich dafür ein, dass es auch auf europäischer Ebene eingeführt wird. Das würde außerdem Wettbewerbsverzerrungen verhindern, unter denen die südwest-



Dr. Heinz Schamoni, DVM Herbert Nagel und Dr. Liese bei einem Pressegespräch in Warstein

fälischen Landwirte leiden, wenn solche Auflagen etwa in den Niederlanden nicht gelten.“

Peter Liese:

„Am Ende profitieren nicht nur Verbraucher, sondern auch Tiere und Tierhalter in Südwestfalen und ganz Europa.“

Die anwesenden Tierärzte Dr. Heinz Schamoni und DVM Herbert Nagel ergänzten: „Als praktizierende Tierärzte unterstützen wir das Anliegen. Der Antibiotikaeinsatz sollte verantwortlich und dem Stand der veterinärmedizinischen Wissenschaft entsprechend erfolgen.“ Die beiden Tierärzte waren sich mit Peter Liese einig, dass gleiche Anstrengungen auch in der Humanmedizin dringend erforderlich sind. Der endgültige Gesetzestext wird nun zwischen Vertretern des Europäischen Parlamentes und der Mitgliedsstaaten verhandelt. Die Verordnung soll dann Ende dieses Jahres verabschiedet werden.

Brexit Referendum: Traurig, vor allen Dingen weil EU Gegner ihre Kampagne auf Hass aufgebaut haben

Jetzt keine Extrawürste für Großbritannien - raus ist raus

„Ich finde es wirklich sehr schade, dass Großbritannien für den Austritt aus der Europäischen Union gestimmt hat.“

Peter Liese:

„Besonders traurig bin ich darüber, dass die Kampagne der Gegner auf Hass aufgebaut war.“

Die Folgen werden, vor allem für Großbritannien selbst, schlimm sein und wenn wir nicht gut aufpassen auch für den Rest der EU und damit für Deutschland. Die wirtschaftlichen Folgen, insbesondere für Großbritannien selber, lassen sich nicht abwenden. Wie schlimm die politischen Folgen sein werden, kommt auf unsere Reaktion an“, erklärte Peter Liese zum britischen Referendum, das knapp für einen Austritt ausging. Liese betonte, dass man das Votum der britischen Bevölkerung ernst nehmen müsse.

Peter Liese:

„Es darf jetzt keine Verhandlungen über einen Wiedereintritt zu besseren Konditionen geben. Raus ist raus.“

„Es kann auch keine Vorzugbehandlung etwa in einer europäischen Freihandelszone geben. Norwegen und die Schweiz haben zwar Zutritt zum europäischen Binnenmarkt, sie müssen sich dabei aber auch an alle Regeln halten, inklusive der Freizügigkeit für Arbeitnehmer. Das kann für Großbritannien nicht anders sein.“

Peter Liese:

„Der Rest der europäischen Union muss jetzt stärker zusammenhalten und aus den Fehlern lernen.“

Wir müssen uns konsolidieren und dürfen die Europäische Union nicht durch weitere Beitritte destabilisieren. Insbesondere

der ein Beitritt der Türkei kommt nach dem Votum erst Recht nicht in Frage. Die Gründe für das Nein der Briten sind aus meiner Sicht vielfältig. Wir müssen die Bedenken der Menschen ernst nehmen aber die Argumente der Antieuropäer in Großbritannien waren völlig anders gelagert als die Kritik an der EU von links, die in Südeuropa und zum Teil auch in Deutschland geäußert wird. Daher sollte sich niemand Illusion über eine einfache Lösung machen. Eine wichtige Lehre aus dem Referendum ist, dass nationale Politiker Europa wertschätzen müssen. Premierminister David Cameron hat über viele Jahre praktisch alles kritisiert was die EU-Institutionen machen. Deswegen war seine Befürwortung eines Verbleibs in der EU nicht glaubwürdig. Auch die Wirtschaftsverbände kritisieren zu oft Detailscheidungen in Brüssel und weisen zu wenig auf das große Ganze hin. Da der wirtschaftliche Schaden des Brexits sehr groß sein wird, hoffe ich, dass hier ein heilsamer Schock eintreten wird.“

EU-Förderprogramm für den ländlichen Raum: LEADER-Projekte in ganz Südwestfalen vernetzen

Wirtschafts-, Lebens- und Erholungs-Raum - Vertreter der Südwestfalen Agentur und Dr. Peter Liese wollen das Programm nutzen, um die Herausforderungen der ganzen Region besser zu bewältigen

Nachdem die Landesregierung Nordrhein-Westfalen nach über einem Jahr Verzögerung nun endlich die Durchführungsbestimmung für das LEADER-Programm vorgelegt hat, geht es an die konkrete Ausarbeitung der Projekte. LEADER ist ein Programm der Europäischen Union zur Förderung des ländlichen Raumes. Es werden vor allem Projekte von Ehrenamtlichen, z.B. Vereinen, in den Dörfern umgesetzt. Nachdem es in Südwestfalen bisher nur zwei LEADER-Regionen gab, gibt es mittlerweile elf LEADER-Regionen.



Im Gespräch mit dem Geschäftsführer der Südwestfalen Agentur Hubertus Winterberg und Dr. Stephanie Arens, die sich in der Südwestfalen Agentur mit dem Thema LEADER befasst, waren sich die Vertreter der Agentur mit Peter Liese einig, dass die Chancen von LEADER für die Weiterentwicklung Südwestfalens genutzt werden müssen. „Viele Dörfer in Südwestfalen haben ähnliche Probleme, deswegen ist es wichtig, dass die Betroffenen sich untereinander austauschen und nicht jeder das Rad neu erfinden muss. Wie können wir unsere Region für junge Menschen attraktiv halten und noch attraktiver machen? Wie können wir die medizinische Versorgung weiterhin sicherstellen? All dies sind Fragen, die wir gemeinsam diskutieren

und mit Hilfe von LEADER zumindest teilweise bewältigen können“, so Peter Liese.

LEADER-Kommunen in Südwestfalen:

„4 mitten im Sauerland“ (Bestwig, Eslohe, Meschede, Schmallenberg) ● „Hochsauerland“ (Brilon, Hallenberg, Marsberg, Medebach, Olsberg, Winterberg) ● „BiggeLand, -Echt. Zukunft“ (Attendorn, Drolshagen, Olpe, Wenden) ● „Börde trifft Ruhr“ (Ense, Welver, Werl, Wickede) ● „LEADER sein! Bürgerregion am Sorpesee“ (Arnsberg, Balve, Neuenrade, Sundern) ● „LenneSchiene“ (Altena, Finnentrop, Iserlohn, Nachrodt-Wiblingwerde, Plettenberg, Werdohl) ● „Lippe-Möhnesee“ (Bad Sassendorf, Lippetal, Lippstadt, Möhnesee, Soest) ● „Oben an der Volme“ (Halver, Kierspe, Meinerzhagen, Schalksmühle) ● „Wittgenstein“ (Bad Berleburg, Bad Laasphe, Erndtebrück) ● „3-Länder-Eck“ (Burbach, Neunkirchen, Wilnsdorf) ● „SverBund“ (Anröchte, Erwitte, Geseke, Rüthen, Warstein)

Bürgermeister aus ganz Südwestfalen, Vertreter der Bezirksregierung, Mitglieder der LEADER-Aktionsgruppen (LAG) und LEADER-Regionalmanager, Vertreter aus Verwaltung und Politik, der Südwestfalenagentur und viele interessierte Bürgerinnen und Bürger diskutierten in Olpe auf Einladung von Peter Liese über die Möglichkeiten für Südwestfalen durch das EU-Förderprogramm LEADER.



Gutgemeinte Gesetzgebung darf Arbeitsplätze in unserer Region und bewährte Technologie nicht gefährden

Gutgemeinte Gesetzgebung darf Arbeitsplätze in unserer Region und bewährte Technologie nicht gefährden

Die Firma Hoppecke aus dem gleichnamigen Briloner Ortsteil ist ein weltweit führender Hersteller von Industriebatterien und Systemanbieter für Energiedienstleistungen. Hoppecke bietet z.B. Notstromsysteme für Krankenhäuser und Systeme für ICEs an. „Wir sind dabei technologieneutral“, erklärte Geschäftsführer Dr. Marc Zoellner. „In manchen Fällen, z.B. für Gabelstapler, ist die bewährte Bleibatterie besser geeignet, in anderen Fällen dagegen die modernere, aber auch teurere Lithium-Ionen-Batterie.“ Hoppecke legt wie die Batterieindustrie insgesamt Wert auf funktionierendes Recycling.

Die Bleibatterie ist das am meisten recycelte Produkt auf der Welt.

Sorgen bereitet der Firma Hoppecke das Vorhaben der europäischen Chemikalien-Gesetzgebung, Blei komplett zu verbieten. „Dies würde unsere Planungssicherheit bei Investitionen gefährden“, so Dr. Marc Zoellner.

Peter Liese zeigte sich beeindruckt von der Entwicklung des Unternehmens und den Innovationen der letzten Jahre. Die Produkte der Firma Hoppecke seien u.a. wichtig, um die Energiewende voran zu bringen. „Durch Batteriespeicher können die Schwankungen im Bereich der erneuerbaren Energien teilweise ausgeglichen werden. In vielen Bereichen ist diese Anwendung schon ohne Subventionen kosteneffizient. Mich überzeugt auch das Konzept des Recyclings von Bleibatterien. Eine Gefährdung für Mensch und



Peter Liese, hier zusammen mit den Geschäftsführern Dieter Henke und Dr. Marc Zoellner, ist beeindruckt von der Entwicklung der Firma Hoppecke und den Innovationen der letzten Jahre.

Umwelt ist praktisch ausgeschlossen. Deshalb setze ich mich dafür ein, dass zur Verwendung von Blei keine Vorgaben über die bereits geltenden strengen Anforderungen hinaus gemacht werden“, so Liese.

Neues aus der Backstube

Keine Regulierung von Salz-im-Brot, aber EU-Fördermittel für die Erste Deutsche Bäckerfachschule

Das Europäische Parlament hat sich im April dafür ausgesprochen, die sogenannten Nährwertprofile abzuschaffen und damit auch in Zukunft eine Regulierung, zum Beispiel des Salzgehaltes im Brot, auf europäischer Ebene zu verhindern. Bereits seit 2006 schlummerte ein entsprechender Plan in den Schubladen der Kommission. Das Europäische Parlament hat nun gefordert, ihn endgültig zu begraben.

Peter Liese:

„Lebensmittel nach dubiosen Kriterien pauschal in ‚gut‘ oder ‚schlecht‘ zu unterteilen, funktioniert nicht.“

„Nach den Plänen der Kommission wären sogar Vollkornbrot und frischer gepresster Orangensaft wegen ihres Salz- bzw. Zuckergehalts als ungesund und ‚schlecht‘ eingruppiert worden. Dies halte ich für inakzeptabel“, erklärt Peter Liese den Widerstand der Abgeordneten.

Peter Liese:

„Eine gute Information über ein Lebensmittel ist wichtig für den Verbraucher.“

Damit der Verbraucher dennoch eine bewusste und objektive Entscheidung über

seine Ernährung treffen kann, hat das Europäische Parlament die Lebensmittelinformationsverordnung beschlossen. Sie macht ab Dezember beispielsweise die Nährwertkennzeichnung auf Lebensmitteln endgültig zur Pflicht.

Peter Liese:

„Viele Vorschriften, die dem Handwerk zusätzliche Bürokratie aufbürden, kommen von der Landesregierung und nicht aus Europa.“

Durch die Abschaffung der Nährwertprofile wurde auch zusätzliche Bürokratie verhindert, die dem Bäckerhandwerk in NRW das Leben schwer macht. Darüber berichtete Landesinnungsmeister Heribert Kamm Peter Liese am Rande von

dessen Besuch bei der Ersten Deutschen Bäckereifachschule in Olpe.

Peter Liese:

„Die EU-Mittel sind in Olpe gut angelegt.“

Der eigentliche Grund für Peter Lieses Besuch war ein erfreulicher: Die Erste Deutsche Bäckereifachschule erhält umfangreiche EU-Fördermittel für Modernisierung und Umstrukturierung. Die Maßnahmen waren aufgrund von veränderten Marktbedingungen und damit auch veränderten Aus- und Fortbildungsbedarfen für Fachkräfte notwendig geworden. Das Vorhaben wird dazu beitragen, die Wettbewerbsfähigkeit kleiner und mittelständischer Unternehmen im Bäckerhandwerk in NRW zu steigern.





Europäisches Parlament für schärfere Werte bei Überwachung von Fahrzeugemissionen

Fortschritt bei der Luftreinhaltung - Weitere Schritte müssen folgen

Das Europäische Parlament hat die von einem Regelausschuss aus Experten der Mitgliedstaaten festgelegten Werte für die Überwachung von Fahrzeugemissionen akzeptiert. Peter Liese, umweltpolitischer Sprecher EVP-Fraktion, begrüßt das Ergebnis der Abstimmung: „Das Problem bestand jedoch darin, dass wir den Beschluss nicht abändern konnten, sondern lediglich mit ja oder nein stimmen konnten. Ich hätte mir auch strengere Werte vorstellen können, aber bei einer Ablehnung der Werte hätte die Gefahr bestanden, dass wir auf Jahre hin weiter nur Tests im Labor gehabt hätten. Dies wäre für die Umwelt überhaupt kein Fort-

schritt gewesen. Der Unterschied zwischen den nun beschlossenen Werten und reinen Labortests ist viel größer als der Unterschied zwischen dem jetzt beschlossenen Wert und dem theoretisch vorstellbaren strengsten Wert. Ich bin daher froh, dass es uns gelungen ist, durch eine sinnvolle Umweltgesetzgebung, den Schadstoffausstoß im Straßenverkehr erheblich zu reduzieren und den Gesundheitsschutz der Bürgerinnen und Bürger zu stärken“.

Rot, gelb, grün - und bald auch blau? In einigen deutschen Großstädten werden die von der EU festgelegten NOx-Grenzwerte häufig überschritten. Deshalb hat

die EU-Kommission im vergangenen Jahr ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland eingeleitet. Daher haben sich die Umweltminister von Bund und Ländern sich auf die Einführung einer blauen Plakette für Autos mit geringem Schadstoffausstoß verständigt. Diese sollen nur Fahrzeuge bekommen, die wenig Stickoxide ausstoßen und der Schadstoffnorm Euro 6 entsprechen.

Stickoxide greifen beim Menschen die Schleimhäute und den Atemapparat an, sie gelten auch als verantwortlich für Herz- und Kreislauferkrankungen.

Familie aus Meschede unterstützt Waisenhaus in Myanmar

Nach jahrzehntelanger Isolation öffnet sich Myanmar, auch als Burma bekannt, für Touristen. So konnten auch Martina und Taisir Senge aus Meschede das Land in Südostasien bereisen. Insbesondere die Situation in den Kinderheimen veranlasste sie anschließend, vor Ort tätig zu werden. Mit Hilfe von Spenden aus Südwestfalen hat das Paar bereits die Verbesserung der hygienischen Bedingungen sowie der ärztlichen Versorgung in einem örtlichen Kinderheim unterstützt. Ein weiteres Projekt des Ehepaars soll nun

die Bildungschancen der Kinder verbessern. Nach einem Gespräch mit Martina und Taisir Senge über ihr Engagement betonte Peter Liese: „Aus eigener Erfahrung als ehrenamtlich in Guatemala tätiger Arzt weiß ich, wie wertvoll solche Hilfe ist, insbesondere wenn sie auf ehrenamtlichem Engagement basiert.“



Foto Familie Senge

Spenden an das Projekt der Eheleute Senge sind möglich über die Jürgen Wahn Stiftung aus Soest, die die formelle Abwicklung übernimmt. Stichwort: Myanmar, IBAN DE06 4145 0075 0000 0222 02, BIC WELADED1SOS.

In jeder Ausgabe möchten wir Ihnen ein Gericht aus einem Land der EU vorstellen.

„Caponata siciliana“-Auberginen Gemüse



aus Italien

ZUTATEN:

- 1 kg mittelgroße Auberginen
- 1 Tasse Olivenöl
- 500g Tomaten
- 100g grüne Oliven
- Salz / Pfeffer
- 1 Tasse Essig; evtl. mehr
- 2 El. Zucker
- 1 El. Kapern
- 2 Stengel Stangensellerie

Auberginen grob würfeln, mit Salz bestreuen und min. halbe Stunde in Wasser ziehen lassen.

Trockengetupft in Öl hellbraun braten und abtropfen lassen.

Zwiebel hacken, dünsten, später die in Stücke geschnittenen Tomaten in gleiches Öl geben und 15 min. kochen lassen und mit Salz und Pfeffer würzen.

Unterdessen Essig und Zucker zum Kochen bringen, Oliven, Kaper und den gestückelten Sellerie dazugeben und auf

kleiner Flamme 10 min. köcheln. Tomatensauce mit dem Auberginen Gemüse vermischen, etwas von Essig dazugeben, weiter 15 min. köcheln lassen und am Ende mit Salz und reichlich Pfeffer würzen.

Caponata kann heiß, lauwarm oder kalt gegessen werden.



Archemed - Medizinisch humanitäre Hilfe für Kinder in Eritrea

Peter Liese:

„Tolles Engagement aus Südwestfalen!“

Der gemeinnützige Verein „ARCHEMED - Ärzte für Kinder in Not“ bringt regelmäßig Teams von Ärzten und Krankenpflegern nach Eritrea, eines der ärmsten Länder der Welt. In Folge von Dürrekatastrophen, dadurch ausgelösten mageren Ernten und 30 Jahren Befreiungskrieg mit Äthiopien herrscht in Eritrea Mangel an materiellen und humanen Ressourcen, der auch das Gesundheitswesen kennzeichnet. Seit 2010 engagiert sich Archemed vor Ort. Mit Hilfe der ehrenamtlich für ihn Tätigen betreibt der Verein u.a. ein OP-Zentrum für Kinder, pflegt Frühgeborene und erkrankte Neugeborene und kümmert sich um werdende Mütter. ARCHEMED unterstützt Eritrea außerdem, indem es medizinisches Personal ausbildet und den Aufbau medizinischer Infrastruktur unterstützt.

Peter Liese:

„Aus keinem Land Afrikas fliehen so viele Menschen wie aus Eritrea.“



Die beiden Vorstandsmitglieder Anne Rieden aus Meschede und Dr. med. Peter Schwidtal aus Möhnese-Körbecke stellen

ten Peter Liese ihr Engagement bei einem Gespräch vor, informierten aber auch über die politische und wirtschaftliche Struktur Eritreas. Peter Liese zeigte sich anschließend nachdenklich und erfreut zugleich: „Die Europäische Union unterstützt das Land und ich denke, dass auch Deutschland hier mehr machen sollte. Ich bin davon überzeugt, dass wir Fluchtursachen besser bekämpfen müssen. Das Engagement von ARCHEMED, nicht nur im Bereich der medizinischen Versorgung, bewundere ich sehr“.

Informationen zu ARCHEMED: <http://www.archemed.org>. Spenden sind möglich über die Website oder an: ARCHEMED – Ärzte für Kinder in Not e.V., IBAN: DE63414500750000088203, BIC: WELADED1SOS.

EU-Richtlinie zu Fluggastdaten

Peter Liese:

„Dies ist ein wichtiges Instrument zur Bekämpfung von Terrorismus und schwerer Kriminalität“

„Eine europäische Lösung ist besser als 28 nationalstaatliche Systeme, die die Zusammenarbeit erschweren. Die Anschläge in Paris und Brüssel haben ja ganz deutlich gezeigt, wie sehr Zusammenarbeit und Informationsaustausch über die Grenzen hinweg verbessert werden müssen“, erklärt Peter Liese den Hintergrund der EU-Richtlinie zu Fluggastdaten (EU-PNR). Sie ist Mitte April vom Plenum des Europäischen Parlamentes angenommen worden.

„Die EU-Fluggastdaten-Richtlinie sieht Datenschutzmaßnahmen vor, dient gleichzeitig aber der Sicherheit der europäischen Bürgerinnen und Bürger“, so Peter Liese, der den Vorwurf der Grünen und Liberalen, der Datenschutz sei nicht ausreichend beachtet worden, zurückweist.

Gewinnspiel!

SUDOKU

2	6	1	7					
	1					3		
	7	9	4	5				1
	6		2				9	
	5		1				7	6
				9				
1	5					2		
			3				1	5
3	4		5			7	6	9

Ziel des Rätsels ist es, die leeren Felder so zu vervollständigen, dass in jeder Zeile, in jeder Spalte und in jedem Block die Ziffern 1-9 nur einmal vorkommen. Es gibt nur eine eindeutige Lösung!

Die Lösung lautet:



Bitte senden Sie die Lösung bis zum **20. November 2016** unter Angabe Ihres Namens und Ihrer Anschrift an das:

Europabüro für Südwestfalen
Le-Puy-Str. 17, 59872 Meschede
Tel. 0291 9959 13, Fax 0291 9959 27
E-Mail: info@peter-liese.de
www.peter-liese.de

Mitmachen lohnt sich:



Unter den richtigen Einsendungen verlost Peter Liese 7 Lamy-Kugelschreiber.

Viel Glück!



Impressum: Europabüro für Südwestfalen, Le-Puy-Str. 17, 59872 Meschede, Tel. 0291 9959 13, Fax 0291 9959 27, E-Mail: info@peter-liese.de, www.peter-liese.de / Fotos: Peter Liese, pixelio.de, Fotolia.de